

Manfred Wilke

unter Mitarbeit von Gerhard Ehlert und Tobias Voigt

Die Anleitung der Lagerarbeitsgemeinschaften durch die SED

1. Was bleibt vom organisierten Antifaschismus der DDR?
2. Die Aufgaben der Lagerarbeitsgemeinschaften in der DDR
3. Der zentrale Parteiapparat der KPD/SED und der organisierte Antifaschismus
 - 3.1. Die Ausschüsse „Opfer der Faschismus“
 - 3.2. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)
 - 3.2.1. Die VVN-West
 - 3.2.2. Die VVN-Ost
 - 3.3. Die Arbeit des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer (KdAW) in der DDR im letzten Jahrzehnt der DDR

4. Schluß

Verzeichnis der Dokumente

Dokumente

1. Was bleibt vom organisierten Antifaschismus der DDR?

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ hat in einer Anhörung die legitimatorische Funktion des Antifaschismus für die Herrschaft der SED in der DDR diskutiert.¹ Die Partei organisierte den Antifaschismus in der DDR mit Hilfe von Interessengemeinschaften der Widerstandskämpfer und Opfer der nationalsozialistischen Diktatur und Nationalen Mahn- und Gedenkstätten (NMG) an authentischen Orten. Aber dieses Geflecht von Trägern der antifaschistischen Integrationsideologie wurde von der Kommission nicht untersucht. Es waren aber gerade die Lagerarbeitsgemeinschaften und die Mitarbeiter der Nationalen Mahn- und Gedenkstätten, aus deren Reihen versucht wurde, den Geist des DDR-Antifaschismus in die „neue Zeit“ hinüberzutragen.

¹ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. III/1, S. 95-201, Baden-Baden 1995 (künftig: Materialien).

So nahm an der gemeinsam mit dem Innenausschuß des Bundestages durchgeführten öffentlichen Anhörung zum „Beteiligung des Bundes an Mahn- und Gedenkstätten“ in Sachsenhausen² der „Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (IVVdN) e.V.“ teil und gab seine Stellungnahme ab.³ Der IVVdN ist aus dem Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer (KdAW) der DDR hervorgegangen. Dessen zentrale Leitung beschloß auf seiner Tagung am 25. Januar 1990, das Komitee in einen eingetragenen Verein zu überführen. Vorsitzender des neuen Vorstandes wurde vorübergehend Peter Florin, der als Sohn des KPD-Politbüromitgliedes Wilhelm Florin mit seinen Eltern 1933 aus Deutschland fliehen mußte und in die Sowjetunion emigrierte. Er gehörte von 1958 bis 1989 dem ZK der SED an, war 1968 Botschafter der DDR in der CSSR und von 1973 bis 1989 einer der stellvertretenden Außenminister. Nach der deutschen Vereinigung konstituierte sich die IVVdN als eingetragener Verein, sie versammelte in ihren Reihen vor allem die tatsächlich im Dritten Reich verfolgten NS-Opfer, Widerstandskämpfer und deren Hinterbliebene, deren soziale Interessen sie vertritt.⁴ In der Stellungnahme anläßlich der Anhörung von Innenausschuß und Enquete-Kommission in Sachsenhausen von 1994 bezog sich der Verband explizit auf den in der DDR vertretenen Antifaschismus, er forderte eine gründliche Untersuchung seiner positiven und negativen Ergebnisse und stellte fest: „Antifaschismus ist kein Mythos. Antifaschismus ist für uns eine politische Haltung vieler älterer und glücklicherweise vieler junger Menschen. Er ist politische Idee und Bewegung mit pluralistisch-demokratischem Charakter. Bei der Darstellung des Antifaschismus in der ehemaligen DDR gab es Verzerrungen, Übertreibungen und eine Verengung auf den kommunistischen Widerstand. Bei der Neugestaltung der Gedenkstätten müssen deshalb die gesamte Breite und der demokratische Inhalt des Widerstandes verdeutlicht werden.“⁵ In der Gedenkstättenarbeit, vornehmlich in Brandenburg, Berlin und Thüringen, sind die Lagergemeinschaften weiterhin als Stimme der Opfer bedeutsam, ihrer Forderung einer differenzierten Würdigung des Antifaschismus in der DDR hat die Kommission in ihrem Bericht prinzipiell zugestimmt. Aber sie hat auch in aller Deutlichkeit festgestellt: „Die spezifische Ausprägung des Antifaschismus in der DDR läßt es ausgeschlossen erscheinen, in der notwendigen Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen an den DDR-Antifaschismus anzuknüpfen, für den eine Distanz zum demokratischen Denken – insgesamt gesehen – charakteristisch war.“⁶

2 Materialien, a. a. O., Bd. IV, S. 221-573.

3 Materialien, a. a. O., S. 474 ff.

4 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA) Organisation – Entwicklung – Aktionsfelder – Wirkungen 1947-1997, Köln 1997, S. 69 ff.

5 A.a.O., S. 476.

6 Materialien, a. a. O., Bd. I, S. 280.